

Gesundheitssystem in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus waren die staatseigenen Unternehmen im Wettbewerb mit nichtstaatlichen Unternehmen von den steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung vor allem betroffen, sodass eine überbetriebliche Absicherung notwendig wurde. (Beasley, Christine, „Health care: The sick man of China“, in: *ChinaOnline*, http://www.chinaonline.com/commentary_analysis/instreform/NewsArchive/secure/2001/February/c01020560.asp)

Ziel der Reformen in den letzten Jahren war einerseits eine Ausweitung der Gesundheitsversorgung auf weitere Bevölkerungsteile und eine Eindämmung der steigenden Kosten im Gesundheitssektor. Erste Experimente in verschiedenen Städten ab Ende der 80er Jahre bestanden in der Bildung von überbetrieblichen Fonds in staats-eigenen Unternehmen und in Verwaltungen. Über einen Fonds sollten die Kosten der medizinischen Grundversorgung und über einen anderen die Kosten für die Behandlung schwerer Krankheiten finanziert werden. Weiterhin wurden die Beschäftigten über eine Selbstbeteiligung an den Kosten der medizinischen Versorgung beteiligt. -schü-

SVR Hongkong

32 Jiang Zemin stattet Hongkong offiziellen Besuch ab

Jiang Zemin, chinesischer Staatspräsident und Generalsekretär der KPCh, stattete Hongkong anlässlich des dort veranstalteten „Fortune Global Forum“ Mitte Mai einen offiziellen Besuch ab. Seine Anwesenheit wurde allgemein als positives Signal für die Unterstützung Hongkongs als Wirtschafts- und Finanzmetropole Asiens, aber auch für die Wertschätzung der politischen Autonomie der SVR Hongkong durch die VR China gewertet.

Das „Fortune Global Forum“, das vom 8. bis 10. Mai in Hongkong stattfand, wurde von AOL Time Warner ausgerichtet. Die Zahl der hochran-

gigen Teilnehmer aus internationalen Wirtschaftskreisen lag bei rund 600 und damit etwas niedriger als im Jahr 1999, als Shanghai ein entsprechendes Forum veranstaltete. Thema der diesjährigen Veranstaltung war der Umgang mit den Folgen der Asienkrise und die zukünftige Positionierung Asiens in der globalisierten Wirtschaft. Insbesondere wurde der Bedarf einer verstärkten „corporate governance“ und höherer Transparenz für die asiatischen Staaten angemahnt. Für die Verwaltung der SVR gab das Forum außerdem Gelegenheit, eine neue Kampagne zur Imagewerbung für Hongkong ins Leben zu rufen, die zum Ziel hat, den internationalen Stellenwert und die Attraktivität Hongkongs für multinationale Unternehmen unter dem Motto „Asiens Weltstadt“ zu erhöhen.

Großes Aufsehen erregte die Tatsache, dass Jiang Zemin als einziger Staatschef dem Forum einen offiziellen Besuch abstattete. Jiang reiste gemeinsam mit seiner Gattin und einer 28-köpfigen Delegation festländischer Vertreter an, unter denen sich der chinesische Außenminister Qian Qichen, mehrere Staatsratsvertreter auf Ministerebene sowie Provinzgouverneure und Bürgermeister chinesischer Großstädte befanden. Unter den Gästen war auch Jiang Zemins Sohn Jiang Mianheng, der der Chinesischen Akademie für Wissenschaften als stellvertretender Direktor vorsitzt und als IT-Spezialist bekannt ist.

Die offizielle Rede Jiang Zemins vor dem Publikum des „Fortune Global Forum“, die sich einem breiten Spektrum von wirtschaftlichen und politischen Fragen in Asien widmete, wurde in Hongkong vor allem bezüglich der darin enthaltenen Aussagen zum politischen Verhältnis zwischen der chinesischen Zentralregierung und der Regierung der SVR rezipiert. Jiang Zemin betonte in seiner Rede, dass die chinesische Regierung gegenüber Hongkong eine langfristige angelegte Grundsatzpolitik verfolge, die sich an den Prinzipien „ein Land, zwei Systeme“, „Hongkonger verwalten Hongkong“ sowie eines „hohen Grades an Autonomie“ orientiere, wie im *Basic Law* festgeschrieben. Die Zentralregierung, so Jiang, werde „[...] in dieser Politik niemals wanken oder diese abändern, komme was

wolle.“ Er bestätigte ferner die volle Unterstützung der chinesischen Regierung für den Regierungschef der SVR, Tung Chee-hwa und dessen Regierungsmannschaft. Diese hätten seit der Übergabe Hongkongs an die VR China im Jahr 1997 die Geschicke der SVR in Anbetracht der „komplizierten Situation“ mit Weisheit und Kompetenz gesteuert. Insgesamt hätten die Hongkonger gezeigt, dass sie zu einem erfolgreichen Management der Stadt in der Lage seien.

Als ein politisches Ereignis höchsten Ranges gab der Besuch Jiang Zemins in Hongkong Anlass für zahlreiche Protestaktionen. Die Hongkonger Polizei startete in Vorbereitung auf die angemeldeten Demonstrationen die umfangreichsten Sicherheitsmaßnahmen seit Bestehen der SVR. 3.000 Sicherheitskräfte wachten während des Forums über die Einhaltung der öffentlichen Ordnung und die Aufrechterhaltung einer Sicherheitszone von 300 Metern um den Tagungs-ort.

Insgesamt fanden sich im Verlauf des dreitägigen Forums 40 Gruppen mit insgesamt über 3.000 Teilnehmern zu Protesten ein. Die zahlenmäßig größte Demonstration wurde von rund 400 Falungong-Anhängern unternommen. Diese protestierten gegen die Verfolgung der Bewegung auf dem Festland sowie gegen Überlegungen der vergangenen Wochen, auch in der SVR Hongkong, wo Falungong bislang als legal registrierte Vereinigung aktiv ist, rechtliche Handhabe für ein Verbot von Falungong als einem gefährlichen „Kult“ zu schaffen. Als alarmierendes Signal wurde die Tatsache gewertet, dass die Einwanderungsbehörden rund 100 Falungong-Anhängern aus den USA, Großbritannien, Australien und anderen Staaten, die an den offiziell genehmigten Demonstrationen teilnehmen wollten, die Einreise nach Hongkong verweigert hatten. Regina Ip, die *Secretary for Security* der SVR, gestand auf spätere Nachfrage hin ein, dass die Behörden eine „schwarze Liste“ mit den Namen in Hongkong „unerwünschter“ Personen führten, stritt aber ab, dass es sich dabei um eine Falungong-spezifische Ausweisungspolitik handle.

Unter den Demonstranten waren außerdem mehrere hundert Festlandchi-

nesen, die für ihr Aufenthaltsrecht in Hongkong protestierten, sowie mehrere Gruppen von politischen Aktivisten aus Hongkong und internationalen Globalisierungsgegnern. Am Vorabend des Forums hatten sich ferner sieben Mitglieder des „Democratic Forum“ an einer Fahnenstange vor dem Hong Kong Convention and Exhibition Centre angekettert, wo sie für die Einführung allgemeiner Volkswahlen für die Wahl des Regierungschefs im kommenden Jahr protestierten. Die Aktion erregte besonderes Aufsehen, weil der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Martin Lee, kurze Zeit zuvor Schritte unternommen hatte, das bislang konfrontative Verhältnis seiner Partei zur chinesischen Regierung anlässlich von Jiang Zemin's Besuch in Hongkong zu verbessern. Um dem Wunsch nach einem Dialog mit diesem Ausdruck zu geben, hatte Martin Lee betont, dass die Demokratische Partei auf jegliche Protestaktionen verzichten wolle – ein politisches Versprechen, das durch die Anketterungsaktion unterwandert wurde und die ohnehin angeschlagene Glaubwürdigkeit der Demokratischen Partei ein weiteres Mal beeinträchtigte.

Trotz der zahlreichen Proteste wurde Jiang Zemin's offizieller Auftritt in Hongkong allgemein als positives Signal gewertet. Viele schlossen aus dem Besuch, dass Jiang damit seine Unterstützung für Regierungschef Tung Chee-hwa zum Ausdruck bringen wollte, der im Frühjahr 2002 voraussichtlich für eine zweite Amtszeit kandidieren wird. Ferner wurde vermutet, Jiang habe ein Signal setzen wollen, dass sich die Wirtschaftskontakte zwischen China und den USA unbeschadet der außenpolitischen Spannungen weiterhin positiv entwickeln sollten – als Gast auf dem Forum befand sich auch der frühere US-amerikanische Präsident Bill Clinton, mit dem sich Jiang Zemin zu einem informellen Gespräch traf. Schließlich wurde der Besuch Jiang Zemin's, der auch auf dem „Fortune Global Forum“ 1999 in Shanghai anwesend war, dahingehend interpretiert, dass die chinesische Führung weiterhin die wichtige Stellung Hongkongs als internationaler Finanzplatz anerkenne und nicht beabsichtige, der Stadt diesen Status durch die rapide Modernisierung Shanghais streitig zu machen. (XNA, 9.5.01; Xin-

hua, 9.5.01, nach BBC PF, 9.5.01; SCMP, 7., 8., 9., 10., 11., 17., 23.5.01; Hong Kong AFP, 7.5.01, nach FBIS, 7.5.01; *Hong Kong iMail*, 4., 8.5.01, nach BBC PF, 4., 8.5.01; *Hong Kong iMail*, 14.5.01, nach FBIS, 14.5.01; AWSJ, 7.5.01; IHT, 9.5.01; *Economist*, 12.5.01, S.59/60; FT, 18.5.01; AWSJ, 8., 22., 23., 24.5.01) -hol-

33 Erste öffentliche Auftritte des neuen *Chief Secretary* Donald Tsang

Im ersten Monat nach dem Ausscheiden seiner Vorgängerin Anson Chan und seinem Amtsantritt als neuer *Chief Secretary* (Leiter der lokalen Verwaltung) zu Ende April hat Donald Tsang verschiedene öffentliche Auftritte genutzt, um die Prioritäten für seine Amtszeit und seine persönlichen Positionen bekannt zu machen.

Als eine Hauptaufgabe in seinem neuen Amt benannte Donald Tsang zum einen die reibungslose Implementierung der Politik „Ein Land, zwei Systeme“. Dazu gehöre zum geeigneten Zeitpunkt auch die Reform des politischen Systems, wie sie im *Basic Law*, dem Grundgesetz Hongkongs, anvisiert ist. Um diese Reform zu erleichtern, gelte es, die öffentliche Verantwortlichkeit des *Civil Service* zu stärken und die Voraussetzungen für eine effiziente Zusammenarbeit mit einem in Zukunft zu schaffenden Stab politischer Beamter zu verbessern (vgl. C.a., 2000/10, Ü 35).

Als zweite Hauptaufgabe nannte Tsang, das Vertrauen der Hongkonger in ihre Verwaltung zu stärken. So gelte es, den Einwohnern der SVR zu demonstrieren, dass die Formulierung politischer Maßnahmen die langfristigen Interessen Hongkongs repräsentiere. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, dass die Transparenz der Verwaltungsarbeit erhöht werde und die Bürger im Detail über deren Inhalte und Ziele informiert würden.

Bezüglich des Verhältnisses zur VR China äußerte sich Tsang, dass das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ keineswegs im Sinn einer Politik der „geschlossenen Tür“ zu verstehen sei; vielmehr sei zu begrüßen, dass die wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Festland immer enger würden.

Große Bedeutung maß Donald Tsang ferner der Verbesserung des Verhältnisses zur Legislative zu. Hier formulierte er mehrere Vorschläge für einen konstruktiveren Umgang zwischen Vertretern der Exekutive und der Legislative, um das bisher als sehr konfrontativ empfundene Verhältnis abzubauen. So erklärte er sich selbst bereit, mit dem *Legislative Council* in einen regelmäßigen Austausch zu treten, indem die Abgeordneten frühzeitig und umfassend über neue politische Schritte der Exekutive informiert und konsultiert werden sollten. Im Gegenzug erhoffte er sich eine stärkere Kooperationsbereitschaft der Legislative.

Trotz dieses Versuchs einer Annäherung stieß Donald Tsang bei seinem ersten Auftritt im *Legislative Council* Mitte März allerdings auf erheblichen Widerstand. Befragt zum konkreten Fahrplan für eine weitere Demokratisierung des politischen Systems äußerte er, dass diese nicht vor dem Jahr 2004 in Angriff genommen werden solle. Konkret wolle man erst die Wahl zum *Chief Executive* im Frühjahr 2002 und die Wahl zum *Legislative Council* im Jahr 2004 abwarten, um ausreichend Erfahrungen für eine eventuelle Erweiterung direkter und allgemeiner Volkswahlen zu sammeln, wie sie im *Basic Law* frühestens für die Jahre 2007/08 anvisiert sei. Hinsichtlich einer Demokratisierung des politischen Systems müsse man „schrittweise und vorsichtig“ vorgehen und dürfe nichts überhasten. Tsang erntete für diese vorbehaltvollen Äußerungen beißende Kritik von Vertretern des demokratischen Lagers, die darin einen substanzialen Rückzug erkannten. Tsang's Vorgängerin Anson Chan hatte sich wiederholt für eine frühzeitige Inangriffnahme demokratischer Reformen eingesetzt.

In der Frage der Aufrechterhaltung der Autonomie und der demokratischen Freiheiten in Hongkong zeigte sich der neue *Chief Secretary* unumwunden optimistisch. Vier Jahre nach der Übergabe der SVR sei die Pressefreiheit nach wie vor unbeeinträchtigt. Ambivalenter zeigte er sich in der Frage des Umgangs mit der Falungong-Bewegung. Zwar war er bemüht, den Schutz demokratischer Freiheiten hochzuhalten, doch äußerte er mit Anspielung auf die versuchten Selbstver-

brennungen von fünf als Falungong-Anhänger identifizierte Personen in Beijing (vgl. C.a., 2001/1, Ü 13), dass der „Schutz der Bürger“ auch darin bestehe, sie vor derartigen Vorfällen zu schützen. Auch verteidigte Tsang die jüngste Praxis der Hongkonger Einwanderungsbehörden, „unerwünschte“ Personen die Einreise nach Hongkong zu verweigern. Anfang Mai waren rund 100 ausländische Falungong-Anhänger, die sich an Demonstrationen zu Anlass von Jiang Zemins Besuch (vgl. Übersicht oben) beteiligen wollten, abgewiesen worden.

Auf die Frage, ob er erwäge, im kommenden Jahr für das Amt des *Chief Executive* zu kandidieren, antwortete Tsang ausweichend negativ. Ferner verbat er sich den Vergleich mit seiner Vorgängerin Anson Chan, die aufgrund ihres charismatischen politischen Stils häufig als das „Gewissen Hongkongs“ bezeichnet worden war. Alle Angehörigen des *Civil Service* teilten dessen „kollektives Gewissen“, und es stehe niemandem an zu urteilen, wer ein Gewissen habe und wer nicht. Er habe seine eigenen Prinzipien und seine eigene Persönlichkeit. Insbesondere sei es verfehlt zu urteilen, dass er im Gegensatz zu Anson Chan ein „Ja-Sager“ und Erfüllungsgeliebte des Regierungschefs Tung Chee-hwa sei; vielmehr habe er im Kontakt mit diesem immer deutlich seine Meinung vertreten. (SCMP, 30.4., 3., 19., 29.5.01; RTHK, Radio 3, 2., 4., 12., 18.5.01, nach BBC PF, 2., 4., 12., 18.5.01; *Hong Kong iMail*, 12.5.01, nach BBC PF, 12.5.01; XNA, 3., 5.5.01) -hol-

34 Neuer Termin für die Wahl des Regierungschefs

Der ursprünglich auf den 28. März 2002, einen Donnerstag, festgelegte Termin für die Wahl des Regierungschefs (vgl. C.a., 2001/4, Ü 31) ist nach Einschaltung des *Legislative Council* nun auf den 24. März 2002, einen Sonntag, vorverlegt worden.

Die Terminverlegung reflektiert den andauernden heftigen Konflikt über die Einführung direkter, allgemeiner Volkswahlen für die Wahl des Regierungschefs, wie das *Basic Law* sie frühestens für das Jahr 2007 vorsieht. Vertreter des demokratischen Lagers

in Hongkong fordern eine Demokratisierung des gegenwärtigen Wahlverfahrens, gemäß dem der Regierungschef durch ein 800-köpfiges Wahlkomitee bestimmt wird, bereits zu einem früheren Zeitpunkt. Eine Einführung allgemeiner Volkswahlen für die nächste Wahl im Frühjahr 2002 ist zwar weder in verfassungsrechtlicher noch in zeitlicher Hinsicht eine realistische Option, wird aber vom demokratischen Lager dennoch als zentrale Forderung aufrecht erhalten.

Demokratische Kräfte im *Legislative Council* hatten sich nun darüber erobert, dass der Termin für die nächste Wahl des Regierungschefs von Seiten der Regierung auf einen Werktag gelegt worden war. Die explizite Begründung dafür lautete, dass die Mitglieder des 800-köpfigen Wahlausschusses am Wochenende Golf zu spielen pflegten. Nach erhitzter Debatte stimmte die Regierung schließlich zu, den Termin doch auf einen Sonntag zu verlegen.

Das Zugeständnis dürfte ausschließlich symbolische Bedeutung besitzen und sich nicht auf das Wahlverfahren als solches auswirken. Die Mehrzahl der Beobachter in Hongkong geht davon aus, dass die Bestätigung Tung Chee-hwas als Regierungschef sowohl in Beijinger Führungskreisen als auch in lokalen Wirtschaftskreisen, deren Vertreter den 800-köpfigen Wahlausschuss dominieren, längst beschlossene Sache ist. (SCMP, 1.5.01; RTHK Radio 3, 1.5.01, nach BBC PF, 2.5.01; AWSJ, 5.5.01) -hol-

35 Immer mehr Postgraduierte vom Festland

Eine zunehmende Zahl von Studenten vom Festland nimmt ein Postgraduiertenstudium an einer Hongkonger Universität auf. Mittlerweile soll fast die Hälfte aller Doktoranden vom Festland kommen. Den größten diesbezüglichen Zuwachs hat die University of Science and Technology zu verzeichnen. Dort stieg die Zahl der nicht aus Hongkong stammenden Postgraduierten von 78 im Studienjahr 1997/98 auf 170 im Studienjahr 2000/01. An der Chinese University wuchs die Zahl im selben Zeitraum von 79 auf 114 an. Mehr als 80 Prozent aller nicht aus Hongkong stammenden Postgra-

duierten kommen vom Festland. Sie nehmen derzeit 45 Prozent aller Plätze in den Promotionsprogrammen ein; in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern machen sie sogar 60 bis 70 Prozent aus. Im Studienjahr 1998/99 wurde die Obergrenze für nicht ortsansässige Postgraduierte an den acht Hongkonger Universitäten von 20 auf 33 Prozent angehoben. Dieser Prozentsatz gilt jedoch jeweils für die gesamte Universität, so dass er in einzelnen Seminaren durchaus höher liegen kann. Die Studiengebühren sind für Studenten vom Festland genauso hoch wie für Hongkonger Studenten.

Vor diesem Hintergrund erlangt die Diskussion um Arbeitserlaubnis für qualifizierte Akademiker vom Festland neue Bedeutung (vgl. C.a., 2001/4, Ü 33). Bislang ist es Studenten vom Festland, die in Hongkong ein Studium absolviert haben, nicht gestattet, in Hongkong zu bleiben und sich dort eine Stellung zu suchen. Jetzt jedoch will die Hongkonger Regierung unter bestimmten Bedingungen erlauben, dass sich Studienabsolventen vom Festland in Hongkong bewerben können. Das Bildungsministerium in Beijing hat diesem Plan zugestimmt, heißt es, besteht aber darauf, dass die Bewerbungen vom Festland aus zu erfolgen haben. Unterdessen reagiert die Öffentlichkeit unterschiedlich auf den Plan. Die Befürworter eines Bleiberechts für Studienabsolventen vom Festland führen an, dass die Studenten vom Festland vom Hongkonger Steuerzahler subventioniert würden und es daher angebracht sei, ihnen in Hongkong Aufenthaltserlaubnis zu geben, damit sie für Hongkong einen Beitrag leisten könnten. Demgegenüber geben andere zu bedenken, dass angesichts der vielfach besseren Kandidaten vom Festland die Hongkonger Kandidaten bei Stellenbewerbungen benachteiligt würden. Trotz aller Gegenargumente wird die Hongkonger Wirtschaft verstärkt darauf drängen, vom Festland stammende Studienabsolventen auf dem Hongkonger Arbeitsmarkt zuzulassen. Angesichts der immer wieder beklagten Defizite des Hongkonger Bildungssystems und des dadurch verursachten Mangels an hervorragend qualifiziertem akademischen Nachwuchs könnten Jungakademiker vom Festland hier einen Ausgleich schaffen. (Vgl. SCMP, 28.5.01) -st-

36 Ehrendoktorwürde für Literatur-Nobelpreisträger

Der Rat der Chinese University hat einstimmig beschlossen, dem Literatur-Nobelpreisträger Gao Xingjian die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Insgesamt soll die Würde fünf herausragenden Persönlichkeiten zuteil werden, darunter auch der ehemaligen Chief Secretary for Administration Anson Chan. Die Ehrentitel sollen im Dezember anlässlich der Abschlusszeremonie für die Studienabsolventen der Universität verliehen werden. Das Universitätskomitee für Ehrentitel, das Gao vorgeschlagen hatte, begründete seinen Vorschlag ausschließlich mit den literarischen Verdiensten und den Beiträgen, die Gao zur Literatur- und Kulturforschung an der Universität geleistet habe. Der politische Standpunkt des Schriftstellers fand keine Erwähnung. Die SCMP begrüßte in einem Leitartikel die Entscheidung als Zeichen akademischer Freiheit. Die Universität habe sich durch Beijings Kritik an Gao Xingjian nicht einschüchtern lassen und die Einwände beijingfreundlicher Persönlichkeiten ignoriert. Dies stehe im Gegensatz zur Haltung der Hongkonger Regierung, die dem Schriftsteller bei seinem Besuch im Januar keine Beachtung geschenkt habe. Gao sei ein natürlicher Anwärter auf die Ehrendoktorwürde, denn er unterhalte seit langem enge Beziehungen zur Chinese University, an der er bei seinem Januar-Besuch auch einen Vortrag gehalten habe. Das Blatt fordert die Regierung auf, ihre Haltung gegenüber Gao zu revidieren und den Schriftsteller zu dem auf die zweite Jahreshälfte verschobenen Kulturfestival einzuladen (vgl. C.a., 2000/12, Ü 35). -st-

SVR Macau

37 Besuch des portugiesischen Außenministers

Am 23. Mai stattete der portugiesische Außenminister Jaime Gama der SVR Macau einen Tagesbesuch ab. Am Abend fuhr er weiter nach Hongkong und nahm dann in Beijing am

ASEM-Außenministertreffen teil. Es war dies der ranghöchste Besuch eines offiziellen portugiesischen Vertreters seit der Rückgabe Macaus an China. Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau, Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), unterzeichnete mit Gama ein Abkommen über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der SVRM und Portugal auf den Gebieten Wirtschaft, Kultur, öffentliche Sicherheit und Justizverwaltung. Der Vertrag sieht regelmäßige Treffen von Regierungsbeamten und Mitgliedern anderer Organe der beiden Regionen vor. Gama konstatierte vor Pressevertretern, dass Macau sich nach dem 20. Dezember 1999 schwungvoll entwickelt habe. Macau und Portugal pflegten gute Beziehungen, die weiter ausgebaut würden und die die Kontakte zwischen der Regierung der SVRM und der EU erleichterten. Portugal und Macau verbänden eine stabile Geschäftskooperation, und die portugiesischen Investitionen in Macau nähmen ständig zu. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 23.5.01; XNA, 24.5.01) -ljk-

38 Registrierung von Wählern beendet

Am 26. Mai endete in Macau die Registrierung von Wählern, die am 17. Januar begonnen hatte. (S. C.a., 2001/1, Ü 46.) Es geht bei dieser ersten Wahl nach Macaus Rückgabe an China um die Wahl der Legislativversammlung, deren Amtszeit am 15. Oktober dieses Jahres ausläuft. Am 22. Mai wurde ein Wahlkomitee eingesetzt, das für die Wahlbelange und Beschwerden zuständig ist. Eine natürliche Person, die sich als Wähler registrieren lassen will, muss über 18 Jahre alt sein und seit mehr als sieben Jahren den ständigen Wohnsitz in Macau haben. In den über vier Monaten gingen mehr als 45.000 Wahlanträge von natürlichen Personen ein, darunter über 32.000 Neuwähler. Insgesamt stieg die Zahl der Wähler bei den natürlichen Personen auf über 160.000 an. Bei den juristischen Personen wurden über 300 Anträge genehmigt, was die Gesamtzahl der Wähler in diesem Bereich auf über 600 bringt. Vereinigungen, die vom Regierungschef als Repräsentanten des öffentlichen Ge-

meinwohls anerkannt sind, können als juristische Personen wählen. Parteien im eigentlichen Sinn wie in Hongkong gibt es in Macau ja nicht. Zwei Drittel der Wahlberechtigten Macaus werden an den Wahlen teilnehmen, so Lidia da Luz, Direktorin des Büros für öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienste. Regierungschef Edmund Ho nannte jetzt als Wahltermin den 23. September. Die neue Legislativversammlung wird 27 Mitglieder statt der bisherigen 23 haben. Die Zahl der vom Regierungschef ernannten Mitglieder bleibt bei sieben, doch die Zahl der direkt und indirekt gewählten Mitglieder steigt auf jeweils zehn. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 28.5.01; XNA, 29.5.01) -ljk-

39 Hühnergrippe auch in Macau

In Macau – wie auch in Hongkong – wurde im Mai an Geflügel die Hühnergrippe ausgemacht. Vom 18. bis 20. Mai wurden alle 55.000 Hühner in Macau geschlachtet, um ein Ausbrechen der Hühnergrippe zu verhindern. Der Virus H5N1 war bei zwei Gänsen bei einer Routineüberprüfung des vom Festland importierten Geflügels festgestellt worden. Die Hühner wurden auf den lokalen Märkten, in Geflügelläden und auf drei Farmen auf der Insel Coloane gesammelt, geschlachtet und verbrannt. Seit dem 18. Mai ist die Einfuhr von Hühnern bis auf weiteres verboten. José Luis de Sales Marques, Präsident des Provisorischen Stadtrates von Macau, gab bekannt, dass es bis Ende Mai keine Lieferung von frischem Geflügel geben werde. (Am 18. Juni soll erstmals wieder lebendes Geflügel vom Festland nach Macau importiert werden.) Vizepräsident Lau Si Io nannte die Aktion nur eine Präventivmaßnahme. Es gab zu dem Zeitpunkt keine Anzeichen, dass der Virus in Macau Krankheiten beim Menschen verursachen könnte. Die Regierung und Vertreter der Geflügelbranche, einschließlich Bauern, Einzel- und Großhändler, einigten sich auf einen Entschädigungsplan. In Hongkong hatten am 16. Mai die Aktionen gegen die Verbreitung der Hühnergrippe begonnen. Innerhalb von zwei Wochen wurden 1,2 Mio. Hühner getötet. Der ent-